

Liestal, 11. Januar 2018

## Medienmitteilung

### Für die gemeinsame Gesundheitsplanung BL-BS, gegen die Spitalfusion

Die FDP Baselland unterstützt eine enge Kooperation der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt und die Festlegung gemeinsamer Ziele im Gesundheitsbereich ohne die Bildung einer Spitalgruppe.

Die FDP Baselland stellt sich hinter die angestrebte gemeinsame Gesundheitsplanung der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Die engere Zusammenarbeit und gemeinsame Ziele im Gesundheitsbereich sind aufgrund des Kostendrucks im Gesundheitswesen ein Gebot der Stunde. Sie bieten eine reelle Chance für effizientere Strukturen und für den Abbau von Doppelspurigkeiten und Zielkonflikten im Gesundheitswesen beider Kantone. Wünschenswert ist für die FDP Baselland zudem, die übrigen Kantone in der Gesundheitsregion Nordwestschweiz (AG, SO, evtl. JU) raschmöglichst in diese Kooperation und Koordination aktiv mit einzuschliessen.

Allerdings erachtet die FDP Baselland eine gemeinsame Spitalgruppe nicht als notwendige Bedingung zur Erreichung der angestrebten drei regierungsrätlichen Ziele «Optimierung der Gesundheitsversorgung, Dämpfung des Kostenwachstums und Erhalt der Hochschulmedizin». Die Risiken und Nachteile einer Fusion des Kantonsspitals Baselland (KSBL) mit dem Unispital Basel (USB) wiegen aus Sicht der FDP schwerer als deren Nutzen.

Die Spitalgruppe würde mit einer Marktmacht von ca. 70 Prozent Patientenanteil den Wettbewerb unter den Anbietern deutlich verzerren. Private Anbieter, deren Leistungsangebot vergleichbar und zum Teil günstiger ist, würden an den Rand gedrängt. Dies ergibt sich aus der ungenügenden Rollenteilung der Kantone: Als Eigner, Regulator, Besteller von Leistungen und Aufsichtsstelle sind Zielkonflikte unvermeidlich. Ungleichlange Spiesse für die privaten Anbieter wären das Resultat.

Auch sieht die FDP staatspolitische Gründe für ein Nein zur Spitalfusion. Das geplante Eignerverhältnis an der Spital-Aktiengesellschaft (70 Prozent BS, 30 Prozent BL) bedeutet eine mögliche Überstimmung des Kantons BL in allen relevanten Fragen: die statutarisch geplante Sperrminorität von BL gilt nur für wenige wichtige Entscheide. Dies wird die Mitbestimmung des Kantons in Fragen von Investitionen, Nachschusspflichten («Too big to fail Problematik») und diversen Standortentscheiden erheblich einschränken. Ein paritätischer Einkauf in die Aktiengesellschaft kostet jedoch 170 Millionen Franken, ein Betrag, der für das Baselbiet nicht tragbar ist. Ebenso wenig tragbar ist das Millionen-Loch in der Pensionskasse nach der zwingenden Angleichung der Pensionskassen-Lösung zwischen KSBL und USB. Weiter führt der geplante Ausbau der Orthopädie auf dem Bruderholz nach Ansicht der FDP nicht zu einer Kostendämpfung, sondern zu teuren Überkapazitäten in diesem Bereich.

Wichtig ist: Auch ohne Spitalgruppe behält das USB seinen fokussierten Status als forschungsorientiertes Spital für die hiesige Life Science Industrie. Die angestrebte (und notwendige) Konzentration der Fallzahlen in der Hochspezialisierten Medizin (HSM) ist durch die gemeinsame Gesundheitsplanung, einem Netzwerk unter Einbezug der Privaten und klarer Definition des Leistungsangebots pro Standort ohne Spitalgruppe realisierbar.

Die FDP Baselland erachtet es als langfristiges Ziel, dass der Kanton Basel-Landschaft letztlich Gesundheitsdienstleistungen einkauft statt selber Institutionen betreibt, denn das Leistungsangebot in der Nordwestschweiz ist mehr als genügend und Engpässe sind in der Gesundheitsversorgung inexistent. Das KSBL soll deshalb durch geeignete Massnahmen restrukturiert und dessen Substanz für die Zukunft gesichert werden.

---

**Kontakt:**

Sven Inäbnit, Landrat, 079 322 39 31

Paul Hofer, Parteipräsident & Landrat, 079 641 44 78

Christoph Buser, Landrat, 076 324 98 33

Rolf Richterich, Fraktionspräsident, 079 966 60 00